

die Zukunft wie nach geltendem Recht daran festzuhalten, daß Rundfunk- und Verwaltungsrat parlamentarisch besetzt werden. Eine Besetzung dieser Gremien etwa nach ständischer oder rein weltanschaulicher Auswahl z. B. erscheint mir deshalb unangebracht. Die größere Sachnähe liegt bei den Parlamentariern. Der Einfluß der anderen Gruppen ist über ihre Mitwirkung im Programmbeirat hinreichend gesichert. Auch die Wahlmodalitäten der Gremien zu ändern besteht angesichts der langjährigen Bewährung kein Anlaß.

Ebenso wenig vermag der zitierte Satz von der landmannschaftlichen Gliederung – wie immer man dazu auch steht – eine Reform auszulösen, da eine Anpassung an die jeweilig möglichen Veränderungen durch die Formulierung des bestehenden Gesetzes hinreichend gesichert ist.

Bleibende menschliche Unzulänglichkeit aber läßt sich auch durch ein neues Gesetz nicht ausschließen.

FDP: Rundfunkgesetz reformbedürftig

Das Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk ist nach Ansicht der FDP-Fraktion zweifellos reformbedürftig, weil es den während der letzten 15 Jahre eingetretenen Veränderungen im öffentlichen Bewußtsein nicht Rechnung trägt. Unter Beibehaltung der grundsätzlich gruppenunabhängigen, objektiven und umfassenden Nachrichtengebung und der bewährten landmannschaftlichen Gliederung des Sendegebiets erscheinen der FDP-Fraktion insbesondere vier Bereiche reformbedürftig:

1. Die Kompetenzen der **Aufsichtsgremien** sind wegen der ungleichen Verteilung ebenso zu überprüfen wie ihre Zusammensetzung (unter Einbeziehung gesellschaftlich relevanter Gruppen). Zu prüfen ist ferner, ob die Sitzungen des Rundfunkrates, ähnlich wie bei anderen Anstalten, in der Regel öffentlich sein sollen, um seine Arbeit transparenter zu machen.

2. **Der hierarchische Aufbau** hat in der Vergangenheit bekanntlich zu einer Reihe unliebsamer innerbetrieblicher Spannungen geführt. Ein gesetzlich verankertes Recht der berufsständischen Vertretungen auf Information und Mitsprache (nicht: Mitbestimmung) sowie die Anhörung des jeweils Betroffenen durch die Aufsichtsgremien, bevor diese eine persönliche Entscheidung treffen, könnte hier wirksame Hilfe schaffen.

3. Das Finanzwesen

Eine seit Jahren sowohl vom Landesrechnungshof als auch vom Rechnungsprüfungs-Ausschuß geforderte größere Transparenz des Haushaltsgebarens ist im Interesse einer besseren Kontrollmöglichkeit unerlässlich.

4. Die Anpassung des **Pressegesetzes NW** an die Besonderheiten einer Rundfunkanstalt, vor allem in der Frage des Gendarstellungsrechts, wird ebenfalls vorzunehmen sein.

Porträt

Als der Ex-Flugzeugführer Paul Schmitz 1946 nach Krieg und Gefangenschaft Bilanz zog, war das Resultat recht unerfreulich: das Elternhaus im münsterländischen Dorf Südlohn völlig zerstört, ein Bruder in den Bombenangriffen umgekommen, ein Schwager in Dachau umgebracht. „Ich hatte die Nase gestrichen voll“, erinnert sich Schmitz auch nach 25 Jahren noch genau.

Doch die gleichzeitige Erkenntnis, „daß so etwas nicht mehr passieren darf“, schickte den jungen Textilarbeiter auf den Weg, der ihn 1965 mit 70 Prozent aller Wählerstimmen in den Landtag führte. Er gründete die Werkmannschaft der KAB, die junge Union im Kreise Ahaus, wurde in den Gemeinderat gewählt, avancierte zum hauptamtlichen KAB-Bezirkssekretär und gab 1961 sein Debüt im Kreistag.

Der Landtagsabgeordnete Paul Schmitz spiegelt diese Entwicklung heute im selbstgesteckten Ziel seiner politischen Arbeit wider: „Mehr Freiheit durch mehr Bildung, mehr Eigentum und mehr Mitbestimmung.“

Ganz in der christlich-sozialen Arbeit verwurzelt, bleibt Schmitz dabei der kühl denkende und nur das Mögliche anstrebende Westfale: An die Forderung nach Mitbestimmung knüpft er gleich die Mitverantwortung, mehr Bildung beginnt bei ihm schlicht in der Erhöhung der Chancengleichheit bereits in der Grund- und Hauptschule – „Die Gesamtschule könnte uns da als Angebotschule einen großen Schritt nach vorne bringen“. Und hinter das Wort vom Eigentum für alle stellt sich Schmitz nur dort, uneingeschänkt, wo es sich ohne irreparablen Schaden für die Gesamtwirtschaft verwirklichen läßt.

Mit beneidenswerter Gesundheit und einem strapazierfähigen Nervenkostüm ausgestattet, setzt Schmitz Beständigkeit und Fleiß an erste Stelle der Eigenschaften, die einen Politiker erfolgreich sein lassen. Seine Gabe, anderen zuzuhören, das Gehörte zu analysieren und daraus praktikable Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten, führten ihn letztlich auch in den Landtag und in den Ausschuß für Woh-



Paul Schmitz (CDU)
Vorsitzender des Ausschusses
für Wohnungs- und Städtebau

nungs- und Städtebau, in dem sich ein wesentlicher Bestandteil christlicher Sozialarbeit, die Eigentumsbildung, zumindest im Bereich des Wohnungsbaus auch auf Landesebene verwirklichen läßt.

So entspricht dem politischen Werdegang Paul Schmitz', der nie Protektion erfahren hat und dennoch mit einem der besten Wahlergebnisse Nordrhein-Westfalens in den Landtag gelangt ist (1965: 70 Prozent, 1970: 72,6 Prozent), daß er sich in erster Linie als Abgeordneter seines Wahlkreises versteht, immer jedoch in voller Solidarität zur Partei und Fraktion arbeitend. Um diesem Anliegen gerecht zu werden, fährt Paul Schmitz nach jedem „Düsseldorfer Tag“ abends nach Hause, wo er von sechs bis halbacht für jeden zu sprechen ist – eine Einrichtung, die im Wahlkreis Ahaus oft ganz ungeniert bis Mitternacht ausgedehnt wird. Zwischen acht und zehn Uhr abends allerdings ist der Abgeordnete auch für Frau, Tochter und vier Söhne kaum einmal zu erreichen: In politischen Versammlungen oder KAB-Veranstaltungen sammelt er Ansichten, Erfahrungen und Reaktionen auf die Arbeit in Düsseldorf. Denn Demokratie bedeutet für den Abgeordneten Paul Schmitz die ständige Auseinandersetzung mit dem Willen des Volkes und den Auftrag, diesem Willen im Parlament Geltung zu verschaffen.

Walter Pfeifer